PwC-Studie

Der Weg zur datenorientierten Verwaltung

[12.09.2022] Eine Verwaltung, die ihre Daten intelligent nutzt, kann innovative Prozesse entwickeln und bessere Entscheidungen treffen. Eine Studie von PwC bietet konkrete Handlungsempfehlungen, wie die Transformation zur datenorientierten Verwaltung vorangetrieben werden kann.

Wie die öffentliche Hand Datenpotenziale für sich nutzen und zur datenorientierten Verwaltung werden kann und welche Vorteile dies für Behörden und Bürger bietet, beantwortet eine aktuelle Publikation von PwC Deutschland. Darin gibt die Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft auch Handlungsempfehlungen zum Umgang mit Daten. Die Studie „Data first? Wie der öffentliche Sektor sein Datenpotenzial voll entfalten kann“ betont das große Innovationspotenzial, das die Datenbasis des öffentlichen Sektors biete. Um es zu heben, gelte es, stärker bürgerzentriert zu arbeiten. So könnten Bürger beispielsweise direkt davon profitieren, wenn Verwaltungen ihre Register verknüpfen und Daten nur einmal statt mehrfach erheben (Once-only-Prinzip).

Bessere Entscheidungen und modernisierte Prozesse

Auf Basis von Daten könnten Verantwortliche zudem objektivere und transparentere Entscheidungen treffen. Voraussetzung dafür sei allerdings, dass die Mitarbeitenden in der Breite den Mehrwert von Daten sicher erkennen. Dazu brauche es ein gezieltes Upskilling, so PwC. Mit Daten ließen sich auch Innovationen schaffen, wenn beispielsweise interne Daten mit externen angereichert würden. Vor allem aber müsse der Datenaustausch verbessert werden, etwa über Datenlabore oder Data Hubs.
Daten böten auch das Potenzial, verwaltungsinterne Prozesse zu modernisieren, Bearbeitungszeiten zu reduzieren und die Prozessqualität zu verbessern. Das sei auch vor dem Hintergrund des zunehmenden Fachkräftemangels im öffentlichen Sektor entscheidend, unterstreicht PwC-Experte Mario Walther. Daten müssten gar nicht unbedingt zentral zusammengeführt werden, es reiche oftmals schon aus, sie breiter zugänglich zu machen – etwa in Form eines Datenatlas, der aufzeigt, an welcher Stelle welche Daten in welcher Form vorliegen.

Daten dezentral auswerten

Dezentrale Datenarchitekturen wie Data Mesh bieten der Studie zufolge große Chancen, weil sie den besonderen fachlichen Belangen in der Verwaltung besser Rechnung tragen. So sei es auch leichter, die hohen Anforderungen an IT-Sicherheit und Datenschutz zu erfüllen. Das Konzept Data Mesh wendet sich explizit gegen zentrale Datensammlungen (Data Warehouses). Werden Daten von zentral organisierten Teams gesammelt, fehle diesen oft das fachliche Wissen für eine gezielte Auswertung und Aufbereitung, so der PwC-Experte Mario Walther. Beim Data Mesh hingegen führen die inhaltlich qualifizierten Mitarbeiter ihre Auswertungen selbst durch, weil sie den fachlichen Kontext der Daten verstehen. Dadurch ist die Aufbereitung auch datenschutzrechtlich besser.
Damit der öffentliche Sektor sein Datenpotenzial voll entfalten kann, braucht die Verwaltung laut PwC neben angepassten Strukturen und Prozessen auch ein neues Datenbewusstsein. Dies werde etwa geschaffen, wenn im Arbeitsalltag erfahrbar wird, wie datenbasiertes Arbeiten den Mitarbeitern, aber auch den Bürgern und Unternehmen nutzt.

(sib)

Die PwC-Studie zum Download

Stichwörter: Open Government, PricewaterhouseCoopers, Open Data, Studie